

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemeinde- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	22
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	18.03.2024		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Krasovskij / th		
Betreff:	Informationen/Verschiedenes		

Unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" kündigt BMin Dr. Sußmann an, dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) den Ratsmitgliedern in einem Bericht einen umfassenden Überblick zum Thema Arbeitsgelegenheiten (AGH) liefern werde.

Einen weiteren Bericht werde es nächster Zeit auch zum Thema "Treffpunkt 50+" geben. Im Vorfeld der heutigen Sitzung sei bereits eine E-Mail über den aktuellen Stand verschickt worden. Sobald weitere Details geklärt seien und eine gute Lösung gefunden ist, werde man das Gremium darüber in Kenntnis setzen.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende stellvertretend bei den Ratsmitgliedern für die Teilnahme aller Gemeinderatsfraktionen an der gemeinsamen Informationsveranstaltung der Verwaltung mit allen Stuttgarter Bezirksbeiräten zum Thema künftige Unterbringung Geflüchteter in Stuttgart am vergangenen Freitag (15.03.2024). Hierbei erwähnt sie auch bezugnehmend auf die geplante Unterbringung Geflüchteter im Haus Schönberg, dass nach Abschluss der Petition eine zeitnahe Belegung mit 110 Personen geplant sei.

Im selben Kontext spricht StRin von Stein (FW) die geplante Nutzung der Sportklinik in Bad Cannstatt als Unterkunft für Geflüchtete an. Nach einer Nachfrage der Stadträtin erklärt Frau Vogel (SozA), dass zurzeit noch nicht genau feststehe, wie viele Personen dort künftig untergebracht werden sollen. Es werde gerade mit Blick auf den Brandschutz geprüft, ob eine Belegung mit 136 Personen bzw. noch eine weitere Nachver-

dichtung möglich wären. Sobald hier konkrete Zahlen bekannt werden, werde man die Ratsmitglieder darüber informieren, so die Sozialamtsleiterin.

Zugleich erläutert Frau Vogel gegenüber StRin von Stein, dass die Verwaltung in der Sitzung des Bezirksbeirates Bad Cannstatt am 20.03.2024 darüber informieren werde, dass die Sportklinik definitiv zur Belegung mit Geflüchteten herangezogen werde. Bis dahin werde man auch dem Bezirksvorsteher die voraussichtliche Größenordnung der Belegung mitteilen. Man wolle frühzeitig in die Kommunikation gehen und transparent über die Pläne informieren, da vor Ort schon bald Handwerker zu sehen sein werden.

Durch StR Dr. Reiners (CDU) wird die Nutzung der Sportklinik als Unterkunft für Geflüchtete im Folgenden bedauert. Er appelliert an die Verwaltung, den Bezirksbeirat und die Bürgerschaft möglichst umfassend und transparent über alle Pläne zu informieren, um mögliche Spannungen und Widerstände in Bad Cannstatt versuchen zu verhindern. Ähnlich äußert sich auch StRin Höh (FDP), die darauf aufmerksam macht, dass es in der Bürgerschaft durchaus Bedenken hinsichtlich der Planungen und konkrete Sorgen mit Blick auf den angrenzenden Kurpark gebe.

BMin Dr. Sußmann betont, dass die Verwaltung mit Blick auf den geplanten Standort sehr sensibilisiert sei und deshalb eine zügige, umfassende und transparente Information vor Ort für sehr wichtig gehalten werde. Die Vorsitzende bittet die Ratsmitglieder in diesem Kontext auch darum, sich nicht zu scheuen, Meinungen und Bedenken aus der Bürgerschaft zu diesem oder anderen geplanten Standorten zur Unterbringung Geflüchteter, die an sie herangetragen werden, der Verwaltung mitzuteilen.

Darauf eingehend erklärt StRin Meergans (SPD), dass ihrer Ansicht nach auch die Kommunikation vonseiten der Verwaltung gegenüber dem Gemeinderat verbessert werden sollte und die Ratsmitglieder durch die Verwaltung frühzeitiger über konkrete Planungen und beabsichtigte Standorte (insbesondere bei größeren geplanten Standorten) informiert werden müssten. Sie erinnert daran, dass vor einigen Monaten die Fraktionsvorsitzenden der Gemeinderatsfraktionen gemeinsam mit OB Dr. Nopper bereits ein entsprechendes Format der Kommunikation vereinbart hätten, bislang in diese Richtung jedoch noch nichts geschehen sei.

StRin von Stein stimmt dem Ansinnen zu und betont, dass es nicht sein dürfe, dass der Bezirksbeirat über bestimmte Planungen informiert werde und die Stadträtinnen und Stadträte noch ohne Kenntnis davon wären. Über die geplante Belegung der Sportklinik habe sie eher durch Zufall von einem Bezirksbeirat aus Bad Cannstatt erfahren.

Für eine frühzeitigere und bessere Information des Gemeinderates durch die Verwaltung mit Blick auf sich in Prüfung befindliche oder geplante Standorte zur Flüchtlingsunterbringung sprechen sich im weiteren Verlauf der Aussprache auch StR Dr. Reiners sowie die StRinnen Silverii (90/GRÜNE), Dr. Hackl (SPD) und Müller-Enßlin (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) aus.

Gegenüber StR Dr. Reiners, der sich für eine stärkere Beteiligung des Rates bei der Auswahl der Standorte zur Flüchtlingsunterbringung ausgesprochen hatte, erklärt BMin Dr. Sußmann, dass die Standorte immer sehr kurzfristig in der Taskforce Flüchtlingsunterbringung beschlossen würden und Grundsatzdiskussionen zu einzelnen Standorten aufgrund der aktuellen Situation des dringenden Bedarfs an Unterkünften zur Unterbringung der Geflüchteten in der Stadt nicht möglich seien.

Die Verwaltung wolle aber versuchen, dem Wunsch nach einer frühzeitigeren und besseren Information zu entsprechen, erklärt die Vorsitzende abschließend. BMin Dr. Sußmann sagt zu, gemeinsam mit dem Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen (WFB) zu besprechen, wie dies künftig gelingen könnte. Man werde dieses Thema im nächsten SGA unter "Verschiedenes" erneut aufrufen und den Ratsmitgliedern dann einen Vorschlag zur künftigen Vorgehensweise vorstellen.

Ferner wird durch Frau Vogel zugesagt, dass im Nachgang an die heutige Sitzung an die Ratsmitglieder noch Informationen zur Möglichkeit der Anmeldung zum Newsletter des Sozialamtes verschickt würden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt BMin Dr. Sußmann diesen Tagesordnungspunkt und damit die heutige öffentliche Sitzung des SGA.

Zur Beurkundung

Krasovskij / th

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt
Jobcenter

II. nachrichtlich an:

1. Herrn Oberbürgermeister
2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
3. Amt für Revision
4. L/OB-K
5. Hauptaktei

- III. *1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
2. CDU-Fraktion
3. SPD-Fraktion
4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
5. Fraktionsgemeinschaft PULS
6. FDP-Fraktion
7. Fraktion FW
8. AfD-Fraktion
9. StRin Yüksel (Einzelstadträtin)

kursiv = kein Papierversand